Ltd. KVD Dahm teilte mit, dass dem Auftrag des Ausschusses an die Verwaltung folgend, weitere Gespräche mit den Städten Köln und Bonn hinsichtlich Kooperationsmöglichkeiten stattgefunden hätten. Es lägen der zu diesem Thema gebildeten Arbeitsgruppe konkrete Informationen vor, dass das Land NRW auf dem Erlasswege zu dieser Thematik Regelungen treffen werde. Es sei zu erwarten, dass neben rechtlichen Klärungen auch Regelungen zu finanziellen Aspekten getroffen würden. Durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen wäre ggf. eine Mitfinanzierung nach dem Konnexitätsprinzip denkbar. Derzeit stünden weder in den Städten Bonn und Köln noch im Rhein-Sieg-Kreis finanzielle und personelle Ressourcen für die Einführung einer Rettungs-App bereit. Seitens der Arbeitsgruppe wurde Einigung darüber erzielt, eine entsprechende Abfrage an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) zu richten und die hiesigen Planungen an den Erkenntnissen des Landes auszurichten.

Abg. Söllheim zeigte sich erfreut über die positive Entwicklung in dieser Thematik und sah die durch den Ausschuss getroffene Entscheidung hinsichtlich einer Kooperation als bestätigt an.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Ausführungen zur Kenntnis.